



**FDP-Fraktion  
im Rat der Stadt Essen**

**Haushaltsrede am 27.11.2019  
zum Doppelhaushalt 2020/21**

**SPERRFRIST BIS NACH DEM ENDE DER  
GEHALTENEN REDE**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,**

das Leben der Bürgerinnen und Bürger in unserer Heimatstadt Essen und die Herausforderungen unseres politischen Wirkens im Rat sind einmal mehr von einem facettenreichen Wandel geprägt, einem Wandel, an dessen Anfang wir gerade erst stehen und nicht an dessen Ende. Und dabei spreche ich nicht allein von der Digitalisierung unserer Lebenswirklichkeit, die in so rasanten Schritten unser Privat- wie auch unser Arbeitsleben nachhaltig verändert.

Nach Jahren des Kürzens und Sparens, des Arbeitsplatzabbaus und der Rotstriche bei Investitionen stehen Verwaltung und Politik am Scheideweg und gestalten die Zukunft unserer Stadt. Überfällige Investitionen an Schulen und Straßen, Kita-Neubauten und Turnhallensanierungen, all dies hängt nicht mehr allein von der Frage der Finanzierung ab, sondern dem Einsatz eigener Fachkräfte und der allgemeinen Marktsituation beispielsweise aber ganz sicher nicht ausschließlich im Baugewerbe.

Bereits vor einem Jahr wies der Fraktionsvorsitzende der Essener FDP, Hans-Peter Schönweiß, in seiner Haushaltsrede darauf hin, dass wir Freien Demokraten eine generationengerechte und solide Haushaltspolitik unabhängig von Wahlzyklen als Basis für jedwede politische Entscheidung ansehen. Die Entschuldung unserer Stadt ist hierbei keine Kür, sondern notwendige Pflicht.

Sich allein auf Bund und Land zu verlassen, erscheint uns arg kurzfristig, erfordern doch strukturelle Defizite unser Handeln, um eine Wiederholung finanzpolitischer und wirtschaftlicher Fehlentwicklungen zu verhindern. Die Entschuldungsstrategie „100 + x“ von Stadtkämmerer Gerhard Grabenkamp findet daher unsere volle Zustimmung. Das negative Eigenkapital, das unsere Stadt belastet, und das in der Privatwirtschaft längst in die Insolvenz geführt hätte, wird auch nach Auslaufen des Stärkungspaktes NRW zu Forderungen seitens der Bezirksregierung führen. Hier gilt es, am Ball zu bleiben.

Der heute zu verabschiedende Doppelhaushalt 2020/2021 sieht im Gesamtkontext eines Haushaltsvolumens von über 6 Milliarden Euro geringfügige Überschüsse vor. Wir nehmen das wohlwollend zur Kenntnis.

Unsere Mahnung einer stringenten Haushaltsführung bleibt jedoch bestehen, zeigen die schon jetzt prognostizierten Mindereinnahmen in Höhe von etwa 30 Millionen Euro bei den Steuerschätzungen, auf wackeligen Beinen der Haushaltsplan steht.

Nimmt man noch die angemeldeten Mehrbedarfe aus den Geschäftsbereichen vor Haushaltsaufstellung hinzu, offenbart sich, dass keinerlei Verfügungsmasse vorhanden ist, um politisches Wünsch-dir-was zu befriedigen. Aus diesem Grunde beziehen sich die noch zu beratenden Antragspunkte der FDP-Fraktion auch nicht auf haushaltsrelevante Umschichtungen, obwohl wir nach wie vor einen Mehrbedarf beispielsweise in den Bereichen Sport, der Wirtschaftsförderung und der Kinderbetreuung als vorhanden identifizieren.

Dass sich einzelne politische Mitbewerber lieber an diversen Produktgruppen im Doppelhaushalt abarbeiten und offen zur Schau stellen, dass sie der hart arbeitenden Bevölkerung das Geld aus der Tasche ziehen wollen, um die ideologisch motivierte Verteilmaschinerie bedienen zu können, stößt selbstverständlich auf unsere Ablehnung. Steuererhöhungen erreichen aktuell genau das Gegenteil der marktwirtschaftlichen und haushaltspolitischen Notwendigkeiten. Wir müssen Unternehmen und damit Arbeitgeber in unsere Stadt locken und sie nicht vertreiben.

Unser Petitum für die politischen Entscheidungen der kommenden Jahre ist das Vorliegen und Befolgen eines Handlungskonzepts „Zukunftsorientierte und funktionierende Stadt“. Wir möchten die Verwaltung und den Konzern Stadt Essen fit für die Zukunft machen. Fit machen für die Digitalisierung, fit machen für die ökologischen und ökonomischen Herausforderungen, fit machen in sozialen Fragen sowie fit machen für den Fortschritt und für den Wohlstand unserer Gesellschaft.

Jeder Bereich der kommunalen Eigenverantwortung bietet hierfür enormes Potential. Bildung wird immer mehr zum Schlüssel der Zukunftschancen kommender Generationen. Mobilität wird zum Kern regionaler Umwelt- und Entwicklungsfragen. Und nicht zuletzt wird die Attraktivität unseres Lebensumfelds zur Standortfrage. Hierzu zählen Wohnungsbau, Grünflächen, Sport- und Kultureinrichtungen und die wohnortnahe Betreuung und Beschulung unserer Kinder.

Das Hauptaugenmerk bezogen auf Wirtschaftlichkeit und Aufgabenoptimierung wird in den nächsten Jahren auf die städtischen Töchter- und Beteiligungsunternehmen zu richten sein. Daher bestehen wir auf der konsequenten Umsetzung der von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW erteilten Empfehlungen als Ergebnis der „Shared Service“-Untersuchungen. Wissend, dass mit notwendigen und unbequemen Maßnahmen in einzelnen Unternehmen mit Widerstand zu rechnen ist, kann der Erhalt des Status Quo kein Anspruch moderner Kommunalpolitik sein.

Darüber hinaus werden wir Freien Demokraten auch zukünftig die Notwendigkeit städtischen Engagements in privatwirtschaftlichen Bereichen des ökonomischen und sozialen Alltags hinterfragen. Ist es Aufgabe einer Kommune, eine eigene Sicherheitsfirma zu betreiben? Müssen Gastronomieeinrichtungen in kommunalen Kulturhäusern von einer städtischen Cateringfirma betrieben werden? Wir als FDP wollen regionale Unternehmen stärken, indem wir ihnen den Zutritt zu marktwirtschaftlichen Feldern der Stadt Essen gewähren.

Einen Strukturwandel der besonderen Art erhoffen wir Freien Demokraten uns von der Digitalisierung verwaltungsseitiger Arbeitsprozesse und der Kommunikation und Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern. Eine aktuelle Studie des Branchenverbands „Bitkom“ sieht Essen auf Platz 52 von 81 deutschen Großstädten. Betrachtet man die zahlreichen Chancen, wie über Digitalisierungsstrategien aktuelle und künftige Herausforderungen bewältigt werden können, zeigt sich der hohe Handlungsbedarf in unserer Stadt.

Demografischer Wandel, Fachkräftemangel in der Verwaltung und sogar Schadstoffreduktion im Straßenverkehr, für all diese Probleme gibt es bereits heute digital gestützte Lösungen. Neben der Smart City-Initiative „Connected.Essen“ wird hier die enge Verknüpfung des Projekts „Bürger-RatHaus“ mit der digitalen Verwaltungsoffensive eine Vorreiterrolle spielen.

Im Sportbereich liegt der Fokus aktueller Investitionen eindeutig auf der überfälligen Sanierung der Turn- und Sporthallen unserer Stadt, nach den fortlaufenden Errichtungen von Kunstrasenplätzen ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Leistungsfähigkeit unserer Sportinfrastruktur. Dennoch werden wir die Folgen der Versäumnisse der Vergangenheit nicht los. Die notwendige Ertüchtigung des Grugabades wird nicht aus dem Sportetat zu leisten sein.

Ein weiteres Millionenprojekt wird der Uhlenkrug-Umbau, der leider allzu oft durch Partikularinteressen verkompliziert wird. Mit der Zusammenlegung der Bereiche Sport und Immobilien im Geschäftsverteilungsplan verbanden wir die Hoffnung, die Interessen der zahlreichen Sportvereine zu stärken.

Das Beispiel Regattatribüne bestätigt bedauerlicherweise aktuell das Gegenteil. Die Bedeutung der integrativen Arbeit unserer Sportvereine mit ihren vielen ehrenamtlichen Kräften ist nicht hoch genug hervorzuheben. Daher fordern wir Freien Demokraten die Umsetzung der Maßnahmen als Ergebnisse aus der beauftragten Neustrukturierung im Sport ein, um die Weichen für eine nachhaltige Sportzukunft stellen zu können.

Durch gestiegene Landeszuweisungen ist der 5-Sparten-Betrieb der Theater und Philharmonie weiterhin gesichert. Die jüngst veröffentlichten Besucherzuwächse bestätigen die hervorragende Arbeit der Intendanten und des Geschäftsführers Berger Bergmann. Zwar ist für den gewünschten Umzug der Werkstätten zur Zeit keine Lösung in Sicht, aber die schwerwiegenden Tarifsteigerungen sind fiskalisch abgesichert und den Intendanten stehen die nötigen Finanzmittel zur Verfügung, um den Spitzenplatz unserer Hochkultureinrichtungen im europäischen Maßstab zu behaupten.

Die freie Kulturszene und die Einrichtungen der Jugendkultur runden das kommunale Angebot ab, das die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ebenso wie die immer zahlreicher werdenden Touristen zu schätzen wissen.

Der Tourismus wird bei uns mehr und mehr zu einem Wirtschafts- und Arbeitsmarktmotor. Das Weltkulturerbe Zollverein, die Messe Essen und die Grüne Hauptstadt Europas sind nur einige Impulsgeber für die überdurchschnittlichen Übernachtungssteigerungen in Essen. Die Marketingstrategien der EMG müssen unserer Meinung nach weiterentwickelt und verstetigt werden, damit neben der Hotellerie und Gastronomie auch der Einzelhandel von den Besucherinnen und Besuchern profitieren kann.

Die Stärkung des Einzelhandels und die Etablierung einer Event- und Erlebnisszene in der Innenstadt zu vollziehen, wird eine der herausragenden Mammutaufgaben für Stadt, Politik und die Essen Marketing werden. Ohne

nennenswerte Investitionen wird es nicht gelingen, die Aufenthaltsqualität vom Hauptbahnhof bis zum Limbecker Platz zu steigern.

Sauberkeit und Sicherheit sind nach wie vor, unabhängig vom subjektiven Empfinden eines Einzelnen, hohe Hürden auf dem Weg der erfolgreichen Wandlung unserer City von einer schlichten Einkaufsmeile zu einem urbanen Zentrum einer Großstadt.

In diesem Zusammenhang ist die Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes nach wie vor erforderlich, soll sich jener doch auch intensiver um die Mittelzentren und die allgemeine Sicherheit in den Stadtteilen bemühen.

Aktuell ist die Debatte um die Ausweisung neuer Entwicklungsflächen für Wohnbau erneut entfacht. Erhebliche Widerstände der Bevölkerung zeigen, dass Politik nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden sollte. Wir Freien Demokraten brechen an dieser Stelle eine Lanze für das vielgescholtene Bürgerforum „Wo wollen wir wohnen?“. Nicht, weil uns die erzielten Ergebnisse völlig überzeugen, sondern weil wir die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen begrüßen und ausbauen wollen. Die identifizierten Fehler müssen korrigiert, die Kommunikation verbessert und die gewonnen Erkenntnisse als das eingebracht werden, was sie sind: Ein weiterer Baustein für die Meinungsbildung politischer Entscheidungsträger.

Für uns steht außer Frage, was wir bereits in vergangenen Wahlprogrammen erklärt haben. Die Bebauung geschützter oder landwirtschaftlich genutzter Flächen lehnen wir ab. Stattdessen sehen wir die Innenentwicklung als vorrangiges Handlungskonzept. Durch Baulückenschlüsse, Aufstockungen und Verdichtungen kann zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden. Eine Qualitätsoffensive im gesamtstädtischen Wohnungsbau wird mittelfristig zum Anreiz für Investoren und zum Schlüsselement für das Stadtplanungsamt, um attraktiven und bezahlbaren Wohnraum möglich zu machen.

Die Mobilität der Zukunft wird unserer Meinung nach von dem Streben nach der optimalen und ausgewogenen Zielerreichung ökologischer und ökonomischer Vorgaben geprägt sein. Technologieoffenheit und Fortschrittsdenken sind hier maßgebliche Parameter, um gleichzeitig den Umweltschutz in unserer Stadt und die Wirtschaftskraft unserer Unternehmen zu fördern, zu erhalten und zu stärken.

Verbotsideologie und Bevormundung unserer Bevölkerung halten wir für kurzfristig und kontraproduktiv. Aktionismus, wie bei der Geldverbrennung durch den Bau einer Umweltspur auf der Schützenbahn, lehnen wir ab. Die Erfahrungen aus Düsseldorf führen uns drastisch die umweltschädlichen Auswirkungen durch eine bürgerfeindliche und zeitraubende Stauung des Verkehrs vor Augen. Essen, im Zentrum des Ballungsraumes Ruhrgebiet gelegen, wird seiner Verantwortung durch Kirchturmdenken in der Verkehrspolitik bei weitem nicht gerecht.

Auch beim Ausbau des ÖPNV wird der Metropolgedanke künftig stärker in unseren Blickpunkt rücken müssen. Solange Straßenbahnen weiterhin an Stadtgrenzen Halt machen, geht die Attraktivität unserer Region verloren. Wir setzen große Hoffnungen in eine erfolgreiche Olympiabewerbung der Rhein Ruhr 2032, um insbesondere den öffentlichen Personennahverkehr im Revier neu aufzustellen. Die strategischen Leitlinien 2035, die in diesem Hause vor wenigen Wochen beschlossen wurden, können nur durch den effizienten Einsatz aller finanziellen und personellen Ressourcen umgesetzt werden.

Probleme der Nahmobilität können durch eine Stärkung des Umweltverbundes und den Ausbau intermodularer Verkehrsformen erfolgreich angegangen werden. Auf innerquartierlichen Radwegenetzen können wohnortnahe Erledigungen ebenso wie Freizeitverkehre mit dem Fahrrad erledigt werden. Wie bereits erwähnt, wird die Digitalisierung auch im Bereich der Mobilität vorteilhafte Lösungen möglich machen. Echtzeitinformationen über Anschlüsse beim ÖPNV und bei Sharing-Komponenten und eine smarte Verkehrslenkung sind hier nur zwei denkbare Einsatzmöglichkeiten. Die Menschen in Essen müssen auch zukünftig mobil bleiben. Den klaren Blick auf die Lebensqualität vor Ort und den Erhalt der Arbeitsplätze darf die Politik dabei nicht verlieren.

An dieser Stelle kann ich Ihnen den Hinweis auf die nach unserer Meinung noch immer dringend notwendige Durchstreckung der A 52 in Tunnellage durch unsere Stadt nicht ersparen. Auch ein Ruhralleetunnel gehört dazu mit seinen Vorteilen für die Umwelt und die Lebensqualität der Anwohner. Das Gutachten des Masterplans Verkehr hat dies nach wie vor als sinnvollste Maßnahme zur Reduktion der Abgase entlang der Gladbecker Straße ausgewiesen.

Im Schulbereich stehen noch immer große Investitionsprogramme auf der kommunalen Agenda. Neben den Neubauten der Gustav-Heinemann-

Gesamtschule, der Frida Levy und der Bockmühle, stehen Millionenbeträge für dringend notwendige Schultoilettensanierungen und Ertüchtigungen an Schulgebäuden zur Verfügung. Neben erheblichen Landesförderungen fließen endlich auch hohe städtische Investitionsmittel in diesen Geschäftsbereich. Uns treibt die Sorge um, dass in der Abschlussrechnung der Kommunalinvestitionsfördergesetze und von „Gute Schule 2020“ nicht alle Mittel fristgerecht verausgabt werden können, da die Personalressourcen der kommunalen Immobilienwirtschaft begrenzt und das Angebot am freien Markt nicht ausreichend verfügbar ist.

Wir fordern frühzeitige Nachsteuerung zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen. Gleichzeitig erleben wir die negativen Folgen einer fehlenden Schulentwicklungsplanung. Diese zwingen Politik und Verwaltung immer wieder zu reagieren, anstatt zu agieren und die notwendige, vorausschauende Gestaltung der Schulinfrastruktur zum Wohle kommender Generation umzusetzen.

Schulen schließen zu müssen, um den gesetzlichen Vorschriften des Brandschutzes nachkommen zu können, wie in Kupferdreh geschehen, schließt unsere Kinder von der verbrieften Teilhabe am ordentlichen Unterricht aus. Abermals mahnen wir die notwendige Pflege sanierter Anlagen und die unsererseits gewünschte Aufstockung der Hausmeisterdienste für unsere Schulen an. Das Vorliegen gefällig formulierter Maßnahmenkataloge sollte uns nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass auf die beiden Geschäftsbereiche Bildung und Bauen jede Menge Arbeit wartet.

Der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze ist in vollem Gange. Hier gebührt allen Beteiligten unser Dank. Jedes Jahr gehen neue Einrichtungen und Gruppen an den Start. Allein, es reicht noch lange nicht aus, um den Bedarf kurzfristig annähernd decken zu können. Und auch hier holt uns der Fachkräftemangel ein. An dieser Stelle fordern wir flexiblere Angebote und sind sicher, damit schnellere Lösungen anbieten zu können. Platzsharing und die Überprüfung der Elternwünsche nach tatsächlichem Stundenbedarf sind unerlässlich.

Die Kindertagespflege muss ebenfalls größere Akzeptanz und bessere Unterstützung in unserer Stadt erhalten, senkt sie doch deutlich den Fehlbedarf an Betreuungsplätzen.



Ein wichtiges Anliegen unserer Zeit ist nicht erst seit dessen medialer Omnipräsenz der Umwelt- und Klimaschutz, dem sich auch die kommunale Politik nach Kräften widmet.

Die Stadt Essen hat mit ihren Bewerbungen um den Titel „Grüne Hauptstadt Europas“ eine Vielzahl guter Gründe aufgezeigt, warum sie eine Vorbildfunktion in Sachen Umwelt- und insbesondere Klimaschutz in den Städten und Gemeinden Europas einnimmt. Hierbei stand die innerstädtische CO<sub>2</sub>-Reduzierung als eine vom Strukturwandel gezeichnete Kommune auf Platz 1 der Bewerbungsmappe, zeigte Essen doch im nationalen wie auch NRW-weiten Vergleich deutlich überproportionale Emissionsreduktionen auf. Mit der Einrichtung der Grüne Hauptstadt Agentur bewies der Rat der Stadt Essen früh sein verantwortungsvolles Klimaschutzbewusstsein.

Kommunale Handlungskonzepte, wie das Integrierte Energie- und Klimakonzept (IEKK), der Masterplan Verkehr, die Grüne Dekade und Essens Beitrag als Lead-City im „Sofortprogramm Saubere Luft“ der Bundesregierung bieten darüber hinaus zahlreiche kommunale Handlungsoptionen. Die Verwaltung und der Rat der Stadt sind aktive Klima- und Umweltschützer und werden diesen Weg auch in den nächsten Jahren konsequent weitergehen.

Essen ist derzeit die Stadt der zwei Gesichter. Positive Außenwahrnehmungen als Kulturhauptstadt Europas und Green Capital, hohe Investitionen in die Infrastruktur und öffentlichkeitswirksame Entwicklungen wie Essen 51 oder der Verbleib der Karstadt-Zentrale stehen auf der einen Seite. Auf der anderen finden wir trotz guter Konjunktur leider eine hohe Arbeitslosenquote, den erdrückenden Schuldenberg und den Rückstand in Sachen Digitalisierung. Und dies sind nur wenige Beispiele beider Betrachtungsseiten.

Wir Freien Demokraten setzen auf die Bereitschaft von Politik und Verwaltung, den Mut zu finden, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen und die Großprojekte konsequent anzugehen, anstatt nur an den Folgen von Fehlplanung und Vernachlässigung oberflächlich herumzudoktern.

Die Welt befindet sich permanent im Wandel – dies gilt auch für uns vor Ort. Nutzen wir die Chancen und vor allem unsere Erfahrungen aus der Bewältigung des Strukturwandels. Nur dann werden wir unsere Bürgerinnen und Bürger an

unserer Seite wissen und uns gemeinsam von den fiskalischen Altlasten der Vergangenheit befreien können.

Der große Dank der FDP-Fraktion Essen geht abschließend an den Stadtkämmerer Gerhard Grabenkamp, die gesamte Kämmerei sowie an die Geschäftsbereichsvorstände und ihre Teams für die intensive Arbeit rund um die Haushaltsaufstellung und Haushaltsberatung.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Essener Stadtverwaltung und ihrer Beteiligungen gilt unser Dank für ihre Mitarbeit im vergangenen Haushaltsjahr.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Glück auf!